Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 278 | Bielefeld-Bethel, Freitag, den 28. November 1919. | Jahrgang 1.

Ohne Gerechtigkeit ist alle Liebe nur Phrase und Schein.
D. F. Mahling.

Das Betriebsrätegesetz.

Von
Franz Behrens, Mitglied der Nationalversammlung.

Bei der Beratung des Betriebsrätegesetzentwurfs im 7. Ausschuß der Nationalversammlung zeigt es sich von Tag zu Tag mehr, daß es ein großer Fehler des früheren Reichsarbeitsministers Wissell war, diesen Gesetzentwurf im vorbereitenden Stadium nicht der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Mitgestaltung vorgelegt zu haben. Diese Arbeitsgemeinschaft war und ist bis zum Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die wichtigste Vertreterin des deutschen gewerblichen Wirtschaftslebens. Sie durfte bei der Vorbereitung eines so einschneidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzes nicht übergangen werden. Hätte sich das Betriebsrätegesetz darauf beschränkt, den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen im wesentlichen im Rahmen ihrer früheren Befugnisse eine gesetzliche Neuordnung zu geben, so hätte diese Vorlage ganz überwiegend einen sozialpolitischen Charakter gehabt. Gewiß hätte auch dann noch zum Aufgabengebiet der Arbeitsgemeinschaft gehört, diese Vorlage mitzugestalten. Da aber die Betriebsräte Aufgaben erhalten sollen, die ganz erheblich über den Aufgabenkreis der Arbeiterausschüsse hinausgehen, so gewinnt das Gesetz ein überwiegend wirtschaftspolitisches Interesse.

Der Gesetzentwurf hat deshalb auch einen außerordentlich lebhaften Eingabensturm aus allen Industrie- und Wirtschaftskreisen hervorgerufen. Fast kein Gewerbszweig fehlt unter den Petenten. Besonders beachtlich ist, daß alle Eingaben aus Unternehmerkreisen sich mit großer Einmütigkeit gegen den Teil des Gesetzentwurfs wenden, der den Betriebsräten eine Einwirkung auf die Betriebsleitung einräumt und ihnen damit die Möglichkeit gibt, auf die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens Einfluß ausüben zu können.

Bei Beginn der Beratungen im Ausschuß ist von deutsch-nationaler Seite bereits darauf hingewiesen worden, daß die Rätegesetzgebung auf dem falschen Ende angefangen ist. Es hätte zuerst durch Gesetz ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat errichtet werden müssen, damit dieser als berufener Vertreter des Wirtschaftslebens bei der Durchführung der in das Wirtschaftsleben tief eingreifenden sogenannten Rätegesetzgebung und bei dem zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft erforderlichen Maßnahmen hätte mitwirken können.

Erfreulich ist, daß jetzt in den maßgebenden Kreisen anscheinend erwogen wird, um die im Ausschuß zum Stocken geratenen Beratungen des Betriebsrätegesetzes wieder flott zu machen, dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben. Eine solche Maßnahme würde zweifelsohne die Zustimmung aller Beteiligten finden, vorausgesetzt, daß es sich um einen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat handelt, der durch ein besonderes Gesetz errichtet wird. Die jetzt im Reichswirtschaftsministerium unter diesen Namen bestehende Körperschaft dürfte freilich nicht befriedigen, weil der Personenkreis zu klein ist, um allen wesentlichen Faktoren des Wirtschaftslebens eine ausreichende Vertretung zu sichern.

Bei der Würdigung und Kritik des Betriebsrätegesetzentwurfs wird vielfach die Tatsache übersehen, daß dieses Gesetz in § 17 die Möglichkeit bietet, durch einen allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag eine ganz andere Vertretung der Arbeiter in den Betrieben zu schaffen, als das Betriebsrätegesetz es vorschreibt. Eine solche durch Tarifvertrag geschaffene Arbeitervertretung ist weder an das im Gesetz vorgeschriebene Wahl- und Wählbarkeitsalter, Wahlmethode, noch an die Zusammensetzung der Arbeitervertretung usw. gebunden. Die Vertragschließenden sind darin völlig frei. Sie können überhaupt auf eine Wahl der Arbeitervertretung verzichten. Nur in dem Punkt ist das Gesetz zwingend, daß die durch Tarifvertrag geschaffenen Arbeitervertretungen die in dem „Gesetz dem Betriebsrat übertragenen Aufgaben und Befugnisse" besitzen müssen. Dagegen steht es den Vertragschließenden frei, die Aufgaben und Befugnisse beliebig zu erweitern. Neben den Bestimmungen des Gesetzentwurfs, die die Aufgaben und Befugnisse regeln, ist zweifelsohne die Bestimmung des § 17 des Entwurfs die wichtigste, weil sie die Möglichkeit gibt, durch Tarifvertrag eine Arbeitervertretung zu schaffen, welche der Eigenart des Erwerbszweiges und der Betriebe angepaßt ist. Der größte Mangel der Gesetzentwurfs ist eben sein Schematismus und seine Starrheit, der den Eigenarten der Erwerbszweige und der Betriebe keine befriedigende Rechnung trägt, aber auch nicht tragen kann, wenn er nicht in ein Rahmengesetz umgestaltet wird, das den Verordnungsweg öffnet.

So wertvoll auch die Bestimmung des § 17 ist, indem sie das Gesetz überhaupt erträglich macht, so birgt sie doch auch Schwierigkeiten in sich, nämlich, daß sie den Weg dafür öffnet, mit dem Mittel des Wirtschaftskampfes zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Aufgaben und Befugnisse über das gesetzliche Maß hinaus zu erweitern. Der § 17 kann also der Ausgangspunkt erheblicher wirtschaftlicher Beunruhigungen werden. Aber das nicht allein, er kann auch das Mittel sein, um die Minderheitsorganisation zu erdrosseln, bezw. von der Arbeitervertretung auszuschalten oder ohnmächtig zu machen. Darin liegt bei dem heutigen Mangel eines gesetzlich geregelten und geschützten Vereinigungsrechts eine große Gefahr, insbesondere im Hinblick auf die terroristischen Neigungen radikaler Strömungen.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache gewinnen die Bestimmungen des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse insbesondere die Bestimmungen über die Mitwirkung bei Einführung neuer Arbeitsmethoden, Kenntnisnahme der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung u. dergl. Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen und über das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, große Bedeutung. Es ist daher erklärlich und sehr beachtlich, daß sich gegen diese Bestimmungen nicht nur die Arbeitgeber auf der ganzen Linie wenden, sondern daß auch die Minderheitsorganisationen der Arbeiter erhebliche Bedenken geltend machen.

Aus allen diesen Gründen ist eine überstürzte Beratung und Verabschiedung dieser Gesetzvorlage sehr unangebracht. Es ist daher sehr zu wünschen, daß die Vorlage vor ihrer endgültigen Verabschiedung einer berufenen Wirtschaftsvertretung, wie dem zu bildenden Reichswirtschaftsrat zur Mitgestaltung vorgelegt wird.

Der Völkerbund.

Von Dr. H. von Sprecher.*)

Der Bundesrat empfiehlt dem Schweizervolk den Beitritt der Schweiz zum Völkerbunde und damit die Aufgabe der Neutralität, wie sie bis jetzt verstanden worden ist und wie sie von allen, die einfältigen Herzens sind, auch künftig verstanden werden wird. Eine schwerer wiegende Frage ist dem Schweizervolk noch niemals gestellt worden. Denn sie bedeutet für unsere Beziehungen nach außen einen völligen Bruch mit der Vergangenheit. Die alte Schweiz, das Land der Unabhängigkeit und Freiheit, würde einer neuen Platz machen müssen, die das Glied eines größeren Verbandes wäre und als solches in manchem nicht mehr die Freiheit des Handelns, sondern gebundene Hände hätte.

Großes wird nur mit dem Herzen geschaffen. Und darum ist der Völkerbund nicht etwas Großes, das die Menschheit wie im Sturme mitreißt, sondern ein armseliges Paragraphenerzeugnis des grünen Tisches, ein ausgeklügeltes Buch, dem die Seele fehlt, der Geist der Wahrheit und der Liebe, ohne den ein solches Werk nimmer gelingen kann. Wie hätte auch aus dem verhangenen Zimmer, in dem die vier Weltrichter aus sich selbst heraus die Welt neu einrichten zu wollen sich vermaßen, für die leidende Menschheit eine erlösende Tat kommen können?

Es ist nicht von ungefähr, daß die Bestimmungen über den Völkerbund einen Teil des Friedensvertrages von Versailles bilden. Damit haben die Verfasser dieses Vertrages mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß dem Völkerbund die Aufgabe zukommt, den Friedensvertrag durchführen zu helfen. Der Völkerbund ist der Büttel des Friedensvertrages von Versailles.

Der Gedanke des Völkerbundes hätte ein besseres Schicksal verdient. Allein dann hätte er nicht hinter verschlossenen Türen von vermummten Femrichtern ausgeheckt werden dürfen, sondern im vollen Lichte der Öffentlichkeit unter Beteiligung aller, die es angeht, von Männern und Frauen aus aller Welt, denen es um die Zukunft der Menschheit und nicht um die Verewigung gegenwärtiger Machtverhältnisse als Ergebnis des Weltkrieges zu tun ist.

Der Fehler dieses wie jedes Völkerbundes, der die Kriege verhindern will, ist, daß er ein rein äußerlicher mit Paragraphen und Machtmitteln die Ruhe aufrecht erhalten zu können glaubt. Freilich, es stehen ihm eben keine andern Mittel zur Verfügung. Das Mittel, das allein zum Ziele führen kann: die Herzen und Sinne der Menschen zu ändern, sie von der Knechtschaft des Geldes zu befreien, das steht ihm nicht zu Gebot. Und darum wird dieser Völkerbund sein Ziel verfehlen. Denn ewigen Frieden kann einzig das Christentum bringen, nicht das Scheinchristentum allerdings, das dem Mammon mehr dient als Gott, sondern das wahre Christentum, die Religion der Liebe Jesu Christi, der alle Menschen Brüder sind. Mit keinem Schlagworte ist in diesem Kriege ein größerer Mißbrauch getrieben worden, als mit dem Worte Demokratie. Wer vor dem Kriege hätte behaupten wollen, in Frankreich, England, Amerika herrsche das Volk, dem hätten wir Schweizer ins Gesicht gelacht. Die sogenannte Kriegspsychose, das heißt die Verwirrung aller Begriffe infolge der Kriegsaufregung, hat es dann fertig gebracht, daß sogar Staatsmänner in der Schweiz von einer Demokratie der Westmächte, ohne Anführungszeichen, gesprochen haben. Nein, so leicht ist der Ehrentitel der Demokratie nicht zu erwerben. Wo, wie in Frankreich, England, Amerika Parlamente die Gesetzgeber sind, eine großkapitalistisch organisierte Presse die öffentliche Meinung macht, wo Staatsoberhäupter mit teilweise sehr ansehnlichen Machtbefugnissen vorhanden sind, wo Geheimverträge über Tod und Leben das Land verpflichten, da herrscht nicht das Volk. Und es begeht ein Schweizer, der das stolze Wort Demokratie an solche Länder wegwirft, geradezu eine Entweihung dessen, was wir Schweizer dank der Einsicht unserer Väter zum Teil auf Jahrhunderte zurück vor allen andern Ländern voraus haben, und das uns, wie ich hoffe, auch vor dem Völkerbund bewahren wird: Die Souveränität des Volkes, der Schutzfeste unserer Freiheit.

*) Dieser Vortrag wurde am 17. September in Bern gehalten. Er zeigt, daß in der Schweiz lebhaft gegen den Anschluß an den Völkerbund gearbeitet wurde. Inzwischen hat der Bundesrat den Beitritt der Schweiz beschlossen.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

ihr Besitz erleichtert Deine Steuern!

Und der Völkerbund soll nun die Krönung dieses Gebäudes der westlichen Demokratie sein! Dieser Bund der Kabinette, gegründet auf das alleinige Verlangen, den Sieg bis in die tiefsten Tiefen des Möglichen auszunutzen, hervorgegangen aus dem Getuschel der allmächtigen Hohenpriester des Hasses, dieser Bund, der die Schweiz zwingen will, ihr politisches Kleinod der Neutralität preiszugeben, dieser Bund will ein Völkerbund sein, den die Idealisten aller Zeiten erträumt haben, der Hader und Streit ausschalten soll, indem er ihre Ursachen beseitigt! Wahrlich, jeder Buchstabe dieses „Völkerbundes" ist eine Lüge. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit, Demokratie, sozialer Ausbau, alle sind um ihr Erbe betrogen. Dem Sieger im Weltkrieg wird die Herrschaft über die Erde von allen gnädigst Zugelassenen mit Brief und Siegel verbürgt.

Gewisse Leute, die sich nicht gerade durch Unterscheidungsvermögen auszeichnen, haben es gewagt, diesen Völkerbund mit dem Bund der Eidgenossen auf eine Linie, wohl gar noch auf eine höhere, zu stellen. Hätten sie unsere Verfassung aufgeschlagen, so hätten sie sich überzeugen müssen, daß der Eingang „Im Namen Gottes, des Allmächtigen" jede Gemeinschaft mit dem Versailler Friedensvertrag ausschließt.

Der Name Völkerbund ist eine Irreführung schlimmster Art. Kein Volk ist um seine Meinung befragt worden und kein Volk wird auf diesen eisengepanzerten Rat der Großmächte und ihrer Trabanten den geringsten Einfluß ausüben. Die verbündeten Regierungen werden schon dafür sorgen, daß ihre Kreise nicht gestört werden. Und hinter ihnen steht der eigentliche Sieger im Weltkrieg, das Großkapital der Westmächte, insbesondere das angelsächsische. Die Scheindemokratie der Weststaaten wird weiterhin die Geschäfte des großkapitalistischen Imperialismus besorgen. Daß sich aber auch in der Schweiz, dem einzigen demokratisch begründeten und gefestigten Staatswesen, Leute finden, und zwar Leute in führenden Stellungen, die sich durch diese Spottgeburt der westmächtlichen Demokraten, durch diese hohlste aller Phrasen am Narrenseil führen lassen, das muß nur mit Betrübnis und zugleich mit Bangen erfüllen.

Denn das Schlimmste dabei ist, daß diese vermeintlich idealen Leitsterne, wie Demokratie, Völkerversöhnung usw., ob ihrer Verkünder nun daran glauben oder nicht, nur als Aushängeschild dienen, mit dem die urteilslose Menge geblendet, das heißt blind gemacht werden soll, daß aber die eigentlich treibenden Kräfte rein materieller Art, rein wirtschaftlich sind. Wie die Ursache des Weltkrieges die Furcht vor der drohenden wirtschaftlichen Übermacht Deutschlands gewesen ist, so ist der Friedensvertrag und ist der Völkerbund das Werkzeug, mit dem das Kriegsziel, die politische und wirtschaftliche Ohnmacht Deutschlands sichergestellt werden kann. Wer noch jetzt, nach Waffenstillstand und Friedensvertrag, naiv genug ist, an das Märlein von dem Ziel der Bekämpfung des preußischen Militarismus zu glauben, dem helfen Götter selbst vergebens. Dem angelsächsischen Großkapital wäre auch der absoluteste preußische Militarismus lieb und wert gewesen, wenn dabei Deutschland wirtschaftlich das Lamm gewesen und geblieben wäre, das sich geduldig von ihm hätte scheren lassen. England, Zoll um Zoll ein Geschäftsmann, ist weitherzig genug, die Völker nach ihrer Fasson selig werden zu lassen, so lange sie ihm nicht wirtschaftlich in die Quere kommen.

Der Ruf des Präsidenten Wilson, der ursprünglich dem Sehnen der Menschheit nach Versöhnung und gemeinsamem Fortschreiten auf dem Wege der Verständigung das Wort geredet hatte, ist plötzlich erstickt in dem Dunstkreis des Hasses und der Angst, der auf dem schwülen Boden von Paris auch ihn betäuben mußte. Und so ist aus dieser Stickluft der fürchterliche Friedensvertrag hervorgegangen, der das tüchtigste und friedfertigste Volk der Welt in grausamer Weise demütigt und knebelt, und ist der „Völkerbund" hervorgegangen, der jeden, der sehen will, erkennen läßt, daß sein Zweck kein anderer ist als der, unter Mitwirkung auch der außenstehenden Staaten die Ergebnisse des Friedensvertrages auf die Dauer sicher zu stellen.

Die Hoffnung der Arbeiterschaft aller Länder, daß die Bestimmungen des Völkerbundes auf dem Gebiete der sozialen Politik greifbare Fortschritte bringen würden, ist schmählich zuschanden geworden.

Wundern muß man sich nur, daß auch sie dem Phrasenschwall der westmächtlichen Presse hat erliegen und sich einbilden können, auch die Arbeiterschaft habe von einem Sieg der Westmächte eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten.

So stellt sich uns dieser „Völkerbund" dar als ein Zerrbild dessen, was die Völker erwarten das Recht hatten. Ihm fehlt vor allem der Wille, der Gerechtigkeit und Freiheit eine Gasse zu machen. Ihm fehlt die Gleichberechtigung der Teilhaber, der Gedanke der Brüderlichkeit, ihm fehlt die Achtung vor dem natürlichen Selbstbestimmungsrechte der Völker und ihrem freien Mitsprachrecht. Was er bringt, ist nicht Gleichheit, sondern Herrschaft der Mächtigen, Zurücksetzung der Kleinen, Verfemung der Besiegten. Ihm fehlt aber auch die Voraussetzung jedes gedeihlichen Zusammenarbeitens, das gegenseitige Vertrauen. Ja, es fehlt sogar das Vertrauen in die Wirksamkeit des Bundes selber, wie die Anerkennung des Weiterbestehens der Monroedoktrin und besonders der Sonderbund der drei Hauptmächte in greller Beleuchtung zeigen.

Aller Augen sind auf die Schweiz gerichtet. Denn hier soll nun wirklich einmal ein Volk sprechen. Sagt es mit halbem Herzen ja, dann reiht es sich ein in die unterschiedslose Masse, die hinter dem Siegeswagen der Entente einherläuft. Sagt es aber nein, dann tut es den Willen zur Persönlichkeit kund. Dann werden wir Kleinen in einer sittlichen Größe dastehen, die allen Achtung abzwingen wird. Möchten auch wir uns von dem Dichterworte führen lassen: „Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen!"

Also, um es mit kurzem Worten zu sagen: Nach meiner Meinung soll sich die Schweiz von jedem Völkerbund fernhalten, der den Krieg durch den Krieg (mit den Waffen oder mit dem Hunger) verhindern will, und wenn alle Staaten der Welt, also auch Deutschland und Rußland, diesem Völkerbund angehören sollten. Die Schweiz führt keine Kriege. Kriege zu verhinden soll sie denen überlassen, die es angeht. Sie wird der Menschheit und sich selber besser dienen mit der ehrlichen, absoluten, als mit der scheinheiligen „differenziellen" Neutralität.

Die Gefangenen-Note.

Ungerechte Beschuldigungen und lügenhafte Ausflüchte.

Die französische Note hat bei unseren Regierungsstellen durch Inhalt und Ton großes Befremden erregt. Zum ersten Male wird ganz offen gesagt, daß die Kriegsgefangenen in der Frage der Heimbeförderung nicht lediglich als Kriegsgefangene, sondern in erster Linie als Geiseln für den wirtschaftlichen Wiederaufbau von Nordfrankreich angesehen werden. Weiterhin erhebt der Ministerpräsident der französischen Republik ganz ungerechtfertigte Beschuldigungen gegen Deutschland. Wie blutiger Hohn klingt die Behauptung Clemenceaus, Frankreich habe die Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt, während die deutsche Regierung die eingegangenen Verpflichtungen nicht eingelöst habe.

Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, beabsichtigt die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf die französische Note, diese ungeheuerlichen Vorwürfe gebührend zurückzuweisen und andererseits den Nachweis zu erbringen, daß gerade Frankreich seine Versprechungen hinsichtlich der Heimbeförderung der Gefangenen nicht eingelöst hat.

Wir erinnern nur an die Note des Obersten Rates vom 29. August ds. Js., wonach auf Beschluß des Obersten Rates der Alliierten der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Gefangenen betrifft, vordatiert werden soll. Die Vorbereitungen zum Rücktransport sollten sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Zu gleicher Zeit haben unsere Unterhändler in Paris die bündige Zusicherung erhalten, und zwar von zuständiger Stelle, daß, wenn wir in der Kohlenfrage entgegenkommend sein würden, und wenn wir die Erfüllung des Friedensvertrages in diesem Punkte vorwegnehmen, sofort mit dem Kriegsgefangenenabtransport begonnen würde. Bis jetzt haben wir ungefähr 1½ Millionen Tonnen Kohlen geliefert und trotzdem ist das gegebene Versprechen nicht gehalten worden. Ferner hat ein in Deutschland weilender hoher Funktionär Frankreichs in Streitfrage der Geldbuße für den getöteten französischen Unteroffizier Manheim die deutsche Regierung zum Nachgeben durch die Versicherung bewogen, daß dann die deutschen Gefangenen vorzeitig entlassen werden sollten. Diese Tatsachen werden von Clemenceau mit einer verblüffenden Rücksichtslosigkeit als unwahr bezeichnet und die entgegenkommende Haltung der deutschen Regierung nicht nur nicht gelenonet, sondern sogar ins Gegenteil verkehrt.

Als lügenhafte Behauptung muß auch die weitere Begründung bezeichnet werden, die Clemenceau für die Zurückhaltung der Gefangenen angibt: Die Freigabe könnte nicht erfolgen, weil man noch nicht wisse, wie die Arbeitsbedingungen der zivilen deutschen Arbeitskräfte in Nordfrankreich sein würden. Tatsache ist vielmehr, daß die deutsche Regierung den Franzosen einen großzügigen Plan unterbreitet hat, aber die Franzosen haben darauf nicht geantwortet. Sie wollen die freien deutschen Arbeiter in Gefangenenbaracken unterbringen, müssen aber wissen, daß es der deutschen Regierung absolut unmöglich ist, dann Arbeiter überhaupt nach Frankreich zu senden, denn die Gewerkschaften lehnen es ab, für die Werbung von Arbeitern für Nordfrankreich einzutreten, wenn nicht sicher ist, daß diese unter menschenwürdigen Verhältnissen arbeiten können und ferner, daß nicht nur Arbeiter zugelassen werden, die die größten Schmutzarbeiten zu machen haben, sondern auch höhere Arbeiter und Techniker.

Geradezu albern klingen die Vorwürfe über die deutsche Propagnda in Elsaß-Lothringen. Weder vom Auswärtigen Amt noch von irgend einer anderen Zentralbehörde ist auch nur ein Pfennig für die Propaganda in Elsaß-Lothringen bewilligt oder ausgegeben worden.

Was die Bemerkung Clemenceaus betrifft, die deutsche Regierung habe sich außerstande erklärt, die durch die Unterzeichnung der Versailler Vertrages übernommene Herausgabe der Deutschen, die in ihrer amtlichen Tätigkeit Greuel begangen hätten, zu erfüllen, so hat es nach einer amtlichen Erklärung die deutsche Regierung für notwendig gehalten, die alliierten und assoziierten Regierungen auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinzuweisen, welche in der Auslieferungsfrage für Deutschland liegen. Sie habe keineswegs die einmal übernommenen Verpflichtungen abgelehnt und habe vor allem betont, daß sie keineswegs beabsichtige, wirklich Schuldige einer gerechten Strafe zu entziehen. Wohl aber habe sie den alliierten Regierungen Anregungen übermitteln lassen, die geeig... ...enen, für beide Vertragsgegner Unerträglichkeiten zu vermeiden.

So stellen sich alle Anschuldigungen und Vorwürfe samt und sonders als ungerechtfertigt und unbegründet heraus. Die französische Note wird daher von der deutschen Regierung mit Recht nach Geist und Inhalt als im höchsten Maße ungeeignet bezeichnet, bei den Bevölkerungen der beiden Länder diejenige Stimmung zu erwecken, die notwendig ist, um zu einem Ausgleich in den vielen Fragen zu kommen, in denen Deutschland und Frankreich aufeinander angewiesen sind.

•

Der Papst für die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen bis Weihnachten.

Nach einer Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs an die Münchener päpstliche Nuntiatur hat sich der Heilige Stuhl neuerdings in nachdrücklichster Weise dafür verwendet, von Frankreich die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen bis zum kommenden Weihnachtsfest zu erwirken.

Handwerk und Streikrecht.

Das Mittelstands-Presse-Büro Dortmund übermittelt uns nachstehende Ausführungen:

„Der gewerbliche Mittelstand ist die sicherste Stütze auch der heutigen Regierung. Wie dieser Stand mitgeholfen hat an der Verteidigung des Vaterlandes, an der Ernährung von 60 Millionen Menschen, an der Versorgung des Heeres mit Kriegsgeräten, wie er vor allem seit der Revolution an seiner Arbeit geblieben ist, so wird er auch fernerhin unentwegt am Wiederaufbau des Vaterlandes mithelfen. Leider läßt ein Haufen Wahnsinniger Deutschland nicht zur Ruhe kommen, ein Haufen nur, der kein Interesse an der Hebung der Produktion hat, sondern vielmehr systematisch Sabotage in der Produktion treibt. Man mag zum Reichswehrminister Noske sonst stehen wie man will, es ist ihm wohl anzurechnen, daß es ihm in letzter Stunde gelungen ist, durch energisches Vorgehen gegen die Streikhetzer den proklamierten Generalstreik zu verhindern. Diese tollen Streiks müssen endlich aufhören; sie haben das deutsche Volk erst recht an den Rand des Abgrunds gebracht. Das beste Mittel hiergegen ist eine lückenlose Organisation der technischen Nothilfe über ganz Deutschland, an der sich das gesamte Handwerk beteiligen muß. Der gewerbliche Mittelstand will nach Kräften mithelfen, dem deutschen Volke Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot zu verschaffen. Die technische Nothilfe beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe durch Notstandsarbeiten. Gas, Wasser, Elektrizität müssen weitergeliefert werden, soll der Arzt den Kranken heilen, dem Kinde

---

Ein Brief aus dem besetzten Gebiet.

Fünfzehn Jahre sollen wir besetzt bleiben! Das ist eine lange Zeit; wer kann, wie Beamte, Ärzte, Lehrer und Pfarrer melden sich fort, und ihre Stellen bleiben vielfach leer, weil niemand sich in die Höhle des Löwen hineinwagt. Die ansässigen Leute, vor allem die Bauern, sind entweder gleichgültig oder setzen ihre Hoffnung auf den kommenden Völkerbund, daß der ein Machtwort spreche und sie erlöste, oder aber sie lassen sich durch Drohung oder Bedrückung einschüchtern und geben bezahlten Agenten ihre Unterschrift, daß sie französisch werden wollen. Und das letztere ist wohl auch vielfach Zweck und Ziel der Besatzung: uns durch Schikanen aller Art so mürbe zu machen, daß wir lieber von französischen Gnaden leben als unter deutscher Herrschaft. Da man aber hört, wie unzufrieden die Elsässer bereits sind und wie kühl kürzlich Clemenceau von der Bevölkerung in Straßburg empfangen wurde, obwohl in den Zeitungen von jubelndem Empfange geschrieben stand, und da man die französische Unordnung und ihren Militarismus, der fast genau so ist wie vor Zeiten bei uns, täglich vor Augen hat, so brauchen die Franzosen wenig Hoffnung zu haben, unser Gebiet sich gefügig zu machen.

Handel und Wandel stockt bei uns; denn Erlaubnis zur Ausreise wird auch jetzt noch vielfach verweigert oder ungebührlich lang verschleppt. Postpakete, Posteinzahlungen über 100 Mark, Zeitungen waren bis heute verboten; Briefe gingen vielfach verloren oder kamen Wochen, ja Monate verspätet an!

Das sind die großen Hindernisse und Schikanen; zu den kleinen zähle ich die vielen Strafen, die verhängt werden, ohne daß man sich irgendwie beschweren kann, Strafen wegen angeblicher Beleidigungen oder wegen Briefschmuggel oder wegen Nichtbefolgung von Verordnungen. So mußten wir z. B. monatelang dreimal täglich die Straße fegen! In manchen Dörfern mußte man die Offiziere grüßen! So alle 2—3 Wochen wechselte die Einquartierung und jede hatte ihre besonderen Wünsche und Ansichten. Oft lagen in einem Dorf von zirka 900 Einwohnern 1000 bis 2000 Mann mit mehreren hundert Pferden! Monatelang hatte ich 3 Offiziere im Hause, z. T. mit Frauen, Hund, Papagei und anderen Vögeln! Wenn auch die Verköstigung wegfiel, so blieb doch noch die Bettwäsche und sehr oft das Zimmermachen unsere Sache.

Wurde bei den Bauern viel mutwillig kaput gemacht und viel gestohlen, so ging es in den Pfarrhäusern fast noch am schlimmsten her; denn überall im Pfarrhaus ward das Offizierskasino eingerichtet; das beste Tafelgeschirr wurde verlangt, die Küche und Eßzimmer besetzt, und viel Geschirr, unersetzbar in jetziger Zeit, ward zerschlagen oder verschwand beim Abzug. Rücksicht auf die Bewohner ward nie genommen; ich kenne ein Pfarrhaus, wo die Pfarrfrau an schwerer Lungenschwindsucht zu Bette lag und wo die Offiziere frecher und lauter waren als sonstwo.

Unter den bei mir einquartierten Herren gab es höfliche und unhöfliche; manche besuchten mich und unterhielten sich gerne mit mir, andere grüßten nicht einmal die Frau des Hauses.

Schmählich benahmen sie sich, wenn es galt, uns als Besiegte zu brandmarken. So wurde z. B. das Kriegerdenkmal von 1870 in K. in vandalischer Weise vom Sockel gerissen und aus der Kirche mußten alle Ehrenkränze für verstorbene Soldaten entfernt werden.

Sobald man Erleichterungen verlangt, so heißt es stets, daß nun bald der Friedenszustand komme, die Grenze aufgehe und alles wieder normal werde! Aber die Machthaber ziehen den endgültigen Friedensschluß immer wieder hinaus, um uns ja nicht aus den Klauen zu lassen, und wir im besetzten Gebiet sind gleichsam die Prügelknaben für das übrige Deutschland. Wir sind Stellvertreter im Leiden und wenn ich das, was wir erdulden, in diesem christlichen Sinne auffasse, dann wird es mir leichter es zu tragen. Aber nach der Erlösung seufzen wir doch. -fo.-

zum Leben verhelfen. Wenn die Kanalisation nicht mehr in Gang ist, werden schreckliche Seuchen die Gesunden dahinraffen. Die Lebensmitteltransporte, die Heizstoffbeschaffung, Post und Telegraphie dürfen nicht stocken, oder die Großstädte müssen hungern. Die technische Nothilfe soll alle Bevölkerungskreise, auch die Arbeiterschaft heranziehen. Koalitionsfreiheit und Streikrecht sollen unantastbar bleiben, aber die wüsten Auswirkungen des Streikrechts müssen energisch bekämpft werden. Wenn erst wieder der Begriff der Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit ihres Volkes in der Mehrheit der Arbeiterschaft Fuß gefaßt hat, dann ist zu hoffen, daß aus den einzelnen Werken heraus sich technische Abteilungen aufstellen werden und so die jetzt unentbehrliche technische Nothilfe wieder entbehrlich gemacht wird. Das gesamte Gewerbe muß nicht nur alle technisch erfahrenen Männer, sondern alle Handwerker der technischen Nothilfe zuführen und darf sich nicht mitschuldig machen an der Lawine der Zerstörung, die über uns hinwegzugehen droht.

Es ist nur zu wünschen, daß die Handwerkerschaft auch aller anderen Städte diesem Beispiel folgen und sich geschlossen gegen die wüsten Auswüchse des Streikrechts aufbäumen wird."

Die Nationalversammlung.

119. Sitzung vom 26. November.

Die Ernährungsfrage.

Auf der Tagesordnung stehen zwei Interpellationen und ein Antrag über die Ernährungsfrage. Die Interpellation Arnstadt (Dnat.)-Dr. Heintze (Dnat.) gipfelt in der Frage: Was gedenkt die Regierung zu tun, um den durch die Witterungsverhältnisse der letzten Wochen noch verschärften schweren Gefahren auf dem Gebiete der Ernährung zu begegnen.

Die Interpellation Trimborn (Ztr.) weist auf die ständig sinkende landwirtschaftliche Produktion hin.

Ein Antrag Blum (Ztr.) weist auf die schweren Schäden der Hackfruchternte durch den vorzeitigen Frost hin. Die Regierung wird zur vorübergehenden Heraufsetzung der Arbeitszeit bis zur Bergung der Hackfruchternte aufgefordert.

Abg. Dr. **Semmler** (Dtschnatl.) begründet die Interpellation Arnstadt, die außerordentlich ernste Gründe veranlaßt haben. Schon im September drohte ein Zusammenbruch infolge ungenügender Getreidebeschaffung wegen zu niedriger Preisfestsetzung. Erst später kehrte man zu Lieferungsprämien zurück. Die durch einen frühzeitigen Winter drohende völlige Katastrophe erscheint vermindert, aber große Mengen von Hackfrüchten, im Osten etwa noch 20 Prozent, sind noch in der Erde. Die Fettwirtschaft steht nur noch auf dem Papier. Die Nutzleistung des Rindviehs beträgt jetzt nur noch 50 Prozent, der Schweinebestand ist von 25 Millionen auf 11 Millionen gesunken. Die städtischen Haushaltungsabfälle sollten gegen Schweinefleisch abgeliefert worden. Bei Nichterfüllung der Forderungen muß die Landwirtschaft jede Verantwortung für einen Ernährungszusammenbruch ablehnen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man will den Landwirt planmäßig niederhalten. (Gelächter links.) Der Landwirt soll herunter. (Gr. Unruhe links.) Sie wollen die Wahrheit nicht hören! Mit 500 000 Tonnen Stickstoff, die wir erzeugen können, ließen sich sofort Nahrungsmittel im Werte von 12 Milliarden Mark schaffen, darunter wenigstens für anderthalb Milliarden Mark Milch. Die Kohlennot ist skandalös; durch sie gehen Milliarden von Werten verloren, weil nicht gedroschen werden kann. An einem Uebergang zur extensiven Wirtschaft hat allein die Regierung schuld. Auch die Steuergesetzgebung wirkt verwüstend auf die Landwirtschaft. Die Arbeiter auf dem Lande müssen fortan alle Parteistreitigkeiten bei Seite schieben. (Gr. Unruhe bei den Soz.) Ein 9. November der deutschen Landwirtschaft muß unter allen Umständen vermieden werden. (Gr. Unruhe links. Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Herold** (Ztr.): Die erste Forderung ist die Heraufsetzung der Arbeitszeit. Die Preise müssen die Produktionskosten decken. An Düngemitteln, deren Preise gestiegen sind, besteht ein großer Mangel. Für die Stickstofferzeugung müssen Kohlen da sein, da hiervon die menschliche Ernährung in den nächsten Jahren zum großen Teile abhängt. Wir müssen einen seßhaften Landarbeiterstand heranziehen. Für Brotgetreide, Milch und Butter muß die öffentliche Bewirtschaftung zunächst noch aufrecht erhalten bleiben. Beim Hafer könnte man völlige Freigabe erwägen. Die freie Bewirtschaftung der Kartoffeln erscheint noch nicht angängig. Man muß jedoch schon jetzt Mindestpreise für die nächstjährige Kartoffelernte festsetzen, um die Erzeugung zu steigern. Am ehesten erscheint die freie Wirtschaft beim Vieh angebracht. Das Prämiensystem bringt nur Verärgerung.

Reichswirtschaftsminister **Schmidt**: Die Frostperiode hat auch unsere künftige Versorgung besonders schwierig gestaltet, gerade in Ostpreußen sind viel Kartoffeln erfroren. Die Verkehrssperre habe ich schon vor Monaten für geboten erachtet. Das ganz annehmbare Ergebnis der Verkehrssperre ist aber noch nicht befriedigend. Der Abtransport der Kohlen ist in einzelnen Bezirken noch nicht genügend erfolgt. Unser Transportwesen muß leistungsfähiger werden. Von den Zuckerrüben werden wir jedenfalls noch einen großen Teil retten können. Zwecks Verarbeitung zu Zucker werden wir einen besonderen Anreiz geben müssen, und zwar in Gestalt einer Erhöhung des Zuckerpreises. Für die fehlenden Kartoffeln müssen wir Ersatzmittel geben, nämlich Kartoffelwalzmehl und auch Mehl. Wohin wir bei der freien Wirtschaft kommen würden, dafür haben wir ein schlagendes Beispiel an der gegenwärtigen Gänsewirtschaft. Gerste kann ich nicht freigeben, sie ist zu Ernährungspräparaten, besonders für Kinder, unentbehrlich. (Lebh. Zustimmung.) Sie (zur Rechten) fordern Gerste und Kartoffeln für Schweine. (Sehr richtig! rechts.) Jawohl, sehr richtig! Natürlich müßten wir mehr Schweine haben. Wir müßten mehr Fleisch haben. Aber was soll unser Volk mit Schweinebraten, wenn es kein Brot und keine Kartoffeln bekommt. (Lebh. Beifall.) Wir müssen uns durchhungern. Dafür gibt es keinen anderen Weg als die Zwangswirtschaft. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Das Haus beschließt, in die Besprechung der förmlichen Anfragen einzutreten.

Abg. **Wachhorst de Wente** (Dem.): Die Landwirte, die rechtzeitig ihre Kartoffeln aus der Erde gebracht haben, um die Not der Städter zu lindern, bekommen 2 Mark weniger für den Zentner als diejenigen, welche erst die Frühdruschprämie einsteckten und sich auch sonst wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen wissen. Ungezählte Tausende von Stücken Vieh sind in diesem Frühjahr über die holländische Grenze gebracht worden. (Hört, hört!) Durch unsere schlechte Valuta kann uns das Ausland heute geradezu arm kaufen. Unsere deutschen Waren werden jetzt geradezu ausgepreßt. Das zu verhindern ist nur möglich durch Annäherung unserer Preise an die Weltmarktpreise. Nur dann kann das deutsche Volk anfangen, wieder ehrlich zu werden. Wer die Arbeit verweigert, dem sollte die Erwerbslosenunterstützung entzogen werden. (Sehr richtig!) Eine erneute Personenverkehrssperre halte ich für bedenklich. Eine Nahversorgung der Großstädte mit Kartoffeln durch Kraftwagenkolonnen müßte unbedingt versucht werden.

Frau Abg. **Lozahl** (Soz.): Die Großgrundbesitzer tragen nur die alleinige Schuld, die die städtischen Arbeiter auf dem Lande nicht zur Arbeit kommen. (Anh. Widerspruch rechts. Zuruf: Sie sind wohl nicht gescheit; da hört doch alles auf.) Hätten die Unternehmer die Tarifverträge anerkannt, (Zuruf rechts: Die Tarifverträge, die gebrochen werden), dann hätten wir auf dem Lande keine Streiks gehabt.

Abg. **Duske** (D. Vp.): Das war eine Hetzrede. So etwas läßt sich die Landwirtschaft nicht länger gefallen. Herr Wachhorst de Wente hätte dieselbe Rede als mein politischer Freund halten können. Die Sozialdemokratie hetzt nur. Wie lange wird die Demokratische Partei noch in dieser unebenbürtigen Ehe mit der Sozialdemokratie leben? (Lachen.) Deutsches Vieh wird jetzt in großer Zahl über die Grenze verschoben.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr.

Deutsches Reich.

— **Die Abstimmung über den strittigen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes** ist im Ausschuß zurückgestellt worden, da die Kompromißverhandlungen zwischen den drei Mehrheitsparteien noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

— **Die Reichseinkommensteuer** soll 8 Milliarden bringen, die Kapitalertragssteuer 1,4 Milliarden.

— Das angekündigte Gesetz gegen die **wilden Streiks** und über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte soll noch vor Weihnachten der Nationalversammlung vorgelegt werden.

— Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat die Verordnung gegen **Wucher und Schleichhandel**, zu dessen Bekämpfung besondere Wuchergerichte eingesetzt werden sollen, angenommen.

— Der Reichs- und Staatskommissar von Schlesien, **Hörsing**, hat jetzt bei den Reichs- und Staatsbehörden seinen Abschied eingereicht.

— Der Oberste Rat hat den Vorschlag gemacht, daß in **Memel und Danzig** englische Truppen ein Jahr und in **Schleswig** 8—20 Monate verweilen sollen.

— Auf Beschluß des Obersten Rates müssen die **deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris** stattfinden. Dies bezieht sich auf die Uebergabe von verschiedenen Gebieten und auf wirtschaftliche Fragen.

— Der Kommandierende General der französischen Armee im **Rheinlande** gibt bekannt, daß Gemeinden, Kreise und Bezirke nur mit seiner Genehmigung Anleihen aufnehmen dürfen.

— Der **Hamburger** Senat hat bei der Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungszustandes für Hamburg, Altona und Wandsbek beantragt. Er folgt hierin einem Antrage der Bürgerschaft.

— Eine Konferenz der an allen deutschen **Seeschiffswerften** beschäftigten Arbeiter hat bei dem Reichskanzler dringende Vorstellungen gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten Docks, Hebezeuge und Bagger erhoben.

— Die Fraktion der **unabhängigen** sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung hat an Stelle des verstorbenen Abg. Hugo Haase die Abgg. **Henke** und **Geyer** (Leipzig) zu Fraktionsvorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt.

*

:: **Gröner und Ludendorff.** General Gröner, der der letzte Generalstabschef des Feldmarschalls von Hindenburg, teilt in einer Zuschrift an die „Tradition" mit:

Er (Gröner) habe im Sommer 1917 den Kaiser vor der drohenden revolutionären Entwicklung warnen lassen, die nach seiner Erkenntnis die logische Folge eines unglücklichen militärischen Kriegsausganges sein würde. Er sei schon seit dem Herbst 1914 nach der Marneschlacht dem Gedanken eines ungünstigen Kriegsausganges nähergetreten und habe von Jahr zu Jahr die Entwickelung unserer strategischen Lage mit wachsender Besorgnis verfolgt. Im Juni 1917 habe er dem General **Ludendorff** zweimal dringend vorgestellt, er möge selbst **Reichskanzler** werden. Er habe nur zwei Wege vor Augen gesehen, entweder durch Ludendorff das Steuer scharf nach rechts legen lassen oder der Kaiser machte entschlossen selbst die Revolution und suchte sich den Kanzler, der dazu bereit war (keinen der Links-Parteien, sondern einen konservativen Mann). Der Weg, der gewählt wurde — mit halben Maßregeln sich zwischen den Gefahren hindurchstehlen zu wollen — mußte ins Verhängnis führen.

:: **Unerfreuliche Folgen des Steuerfluchtgesetzes.** Ab 1. Dezember dürfen nach dem jüngsten Kapitalfluchtgesetz die Zinsscheine der inländischen Wertpapiere nur noch bei jenen Banken eingelöst werden, bei denen das ganze Wertpapier oder der Zins- oder Gewinnanteilscheinbogen mit dem Erneuerungsschein hinterlegt sind. Der Zweck dieser Bestimmungen war, das Gewissen der Steuerzahler zu schärfen. Die **Wirkungen** dieses Gesetzes traten schon jetzt in nicht gerade erfreulicher Weise in Erscheinung. Unter den in Betracht kommenden Papieren befinden sich vor allem Staatsrenten, Stadtanleihen, Hypothekenpfandbriefe, die bisher als die solideste Kapitalanlage galten hatten. In den letzten Tagen haben sich die Verkäufe so sehr gemehrt, daß verschiedentlich eine recht bedenkliche Herabwertung des Kurses eingetreten ist. Das Sinken der genannten Papiere ist, wie die „Germania" bemerkt, deshalb besonders zu beklagen, weil diese Papiere bisher in zunehmendem Maße als Zahlungsmittel für notwendige Käufe im Ausland verwendet worden sind. Es werden in Zukunft, wenn nicht bald eine durchgreifende Erholung Platz greift, unsere besten deutschen Werte zu einem Schleuderpreis in das Ausland gehen und — damit in nicht gerade erhebender Weise das traurige Bild unseres Schleuderausverkaufes an das Ausland vervollständigen.

:: **Eine neue Note der Entente.** Wie die „Presse de Paris" meldet, bringt die Herrn v. Lersner übergebene Note das lebhafte Erstaunen des Obersten Rates über die Abreise des Ministerialdirektors v. Simson und seiner Mission zum Ausdruck. Die Note betont weiter, daß, wenn der Vertrag von Versailles am 1. Dezember nicht in Kraft gesetzt werden könne, die Verantwortung dafür der deutschen Regierung zufalle, da die Abreise Simsons die Verhandlungen bezüglich des Vertrages unterbreche. Die Note schließt mit der Frage an Herrn v. Lersner, welcher Art die Absichten des Berliner Kabinetts seien. — Die telegraphische Verbindung Paris—Berlin ist bereits seit mehreren Tagen gestört.

:: **Kassubisch — Unterrichtssprache in deutschen Schulen.** Die kassubische Sprache soll in den von Kassuben bewohnten Gebieten nach einer Erklärung des preußischen Kultusministers im Schulunterricht mindestens in dem gleichen Umfang berücksichtigt werden, wie dies bei der polnischen Sprache für die polnischen Kinder geschieht. Danach ist den kassubisch sprechenden Kindern der gesamte Religionsunterricht in kassubischer Sprache und neben dem deutschen Sprachunterricht ein kassubischer Schreib- und Leseunterricht zu erteilen, soweit es von den Eltern der Kinder gewünscht wird. Der übrige Unterricht muß so weit gekürzt werden, daß eine Ueberlastung der Kinder vermieden wird. Der Unterricht der deutschen Kinder ist in der bisherigen Weise fortzuführen.

:: **Die Möbelausfuhr aus Elsaß-Lothringen.** Wie die „Neue Rheinische Korrespondenz" aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird das deutsch-französische Abkommen hinsichtlich der Möbelausfuhr von zuständiger Seite folgendermaßen ausgelegt:

Die Sequestrationen werden aufgehoben, aber die Ausfuhr in jedem Falle an besonders zu erwirkende Ausfuhrerlaubnis geknüpft. Auf der Präfektur wurde erklärt und außerdem von Zollbeamten bestätigt, daß auf die zur Ausfuhr gelangenden Möbel, wie längst beabsichtigt, Ausfuhrzoll erhoben wird, der außerordentlich hoch ist. Damit ist die Möbelausfuhr so gut wie unmöglich gemacht.

:: **Der Rückzug aus dem Baltikum.** Die litauischen Truppen haben die Eisenbahnstrecke freigegeben und sind auf die Demarkationslinie zurückgegangen. Radziwilischki ist geräumt. Dort und in Schaulen befinden sich Mitglieder der Ententekommission. Vier Flüchtlingszüge mit 1900 Flüchtlingen, 435 Verwundeten und 225 unverwundeten Militärpersonen sind in Deutschland eingetroffen. Das Detachement Plehwe hat zum Teil bereits deutschen Boden betreten. Die deutsche Legion Brandis steht in Kanitzky, 15 Kilometer nördlich Schaulen und bleibt dort, bis die sich noch nördlich Schaulen befindlichen Züge abgefahren sind. Die Eiserne Division ist in weiterem Rückmarsch begriffen. Das Generalkommando Eberhardt ist noch in Schaulen. — Dem „Vorwärts" zufolge hat die Verwaltung der Provinz Ostpreußen an den Reichspräsidenten den Reichskanzler und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückflutenden Truppen gebeten wird.

:: **Korruptionsbeschuldigungen gegen sozialistische Minister.** Eine Berliner Korrespondenz macht aufsehenerregende Enthüllungen über finanzielle Machenschaften finanzieller Art, an denen angeblich hervorragende Mitglieder der sozialdemokratischen Mehrheitspartei beteiligt sein sollen. Diese Angriffe richten sich nach einem Berliner Mittagsblatt u. a gegen den Reichspräsidenten **Ebert**, den früheren Ministerpräsidenten **Scheidemann** und den Reichswehrminister **Noske**. Es handelt sich um angebliche Schiebergeschäfte eines gewissen Kaufmanns Sklarz, deren Durchführung ihm mit Hilfe von Legitimationen möglich gewesen sein soll, die ihm von Mitgliedern der früheren Regierung während der Revolutionszeit ausgestellt worden seien. Wie Scheidemann einem Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag" erklärte, handelt es sich bei den Schiebereien um durchaus einwandfreie Handlungen des Ministers, um Anordnungen und Aufträge, die noch jetzt der Möglichkeit einer Kontrolle unterliegen und jede, auch die peinlichste Prüfung, vertrügen. Eine gerichtliche Klarstellung der Angelegenheit wird ohne Zweifel die Nichtigkeit dieser schweren Anschuldigungen ergeben.

Rundschau im Auslande.

‡ Die bei den **französischen** Kammerwahlen nicht mehr gewählten Minister und Unterstaatssekretäre haben Clemenceau ihre Demission überreicht.

‡ Vor dem Strafgerichtshof in **Budapest** begann die Hauptverhandlung gegen 24 Mitglieder der sogenannten Terroristengruppe der gestürzten Räteregierung, die einer Reihe von Mordtaten angeklagt sind.

‡ In **Griechenland** ist eine Verschwörung entdeckt worden, die von Offizieren angezettelt worden ist und die Ermordung Venizelos' und den Sturz des gegenwärtigen Regimes zum Ziele hatte.

‡ Der italienische Minister des Auswärtigen, **Tittoni**, ist wegen des Widerstandes der Alliierten in der Fiumefrage von seinem Amte zurückgetreten.

*

Belgien: Ein drakonisches belgisches Urteil.

‡ Der Assisengerichtshof von Brabant verurteilte den Direktor der Revue Internationale, Wilhelm **Vogel**, wegen Unterstützung des feindlichen Vorgehens und wegen Begünstigung feindlicher Absichten zu 20 **Jahren Zwangsarbeit** und 250 000 Franken Schadenersatz.

Frankreich: Die Wahlen in Elsaß-Lothringen.

‡ Das rückständige Wahlrecht in Frankreich hat in Elsaß-Lothringen das Ergebnis gezeitigt, daß 127 000 Wähler ohne jegliche Vertretung in der französischen Kammer sein werden, während 170 000 Wähler die alleinige Vertretung in den Händen haben. Die elsaß-lothringische Presse warnt dringend vor Gewalttätigkeiten und weist auf die scharfen militärischen Maßnahmen der Regierung hin. In Elsaß-Lothringen sind reichlich schwarze Truppen zusammengezogen wodurch die Erregung der Bevölkerung noch gesteigert wird. — Der „Presse de Paris" wird aus Straßburg gemeldet, daß die 24 Abgeordneten die Elsaß-Lothringen in die Kammer schickt, sich in den nächsten Tagen im ehemaligen Parlamentsgebäude versammeln werden, um die feierliche Erklärung, die einer von ihnen im Palais Bourbon verlesen wird, zu beraten. Es wird ein Abgeordneter sein, der nach 1871 geboren ist.

England: Churchill über die „deutsch-russische Gefahr".

‡ Laut „Nieuwe Rotterdamsche Cour." schreibt **Churchill** im „Sunday Herald", es müsse die Politik Englands sein, das **deutsche Volk** nicht zur Verzweiflung zu treiben und zu verhindern, daß ihm nur die Hoffnung bleibt, einst wieder an das Schwert zu appellieren. Es sei keine gute Politik, Deutschland von allem und von dem Westen abzuschneiden und ihm nur noch die Entwicklung und die Wiederherstellungsmöglichkeit nach dem Osten hin übrig zu lassen. Deutschland könne bei **Rußland** alles finden, was es nötig habe, und zwar nicht nur für die Wiederherstellung seiner Wirtschaftskraft, sondern seiner Weltmacht. Wenn Deutschland mit Rußland gemeinsame Sache mache, würde die Gefahr von 1914 wieder aufleben. Man würde dann zwei Völkerbünde bekommen: den Bund der siegreichen und den Bund der unterlegenen Nationen.

Vorzeitige Auslieferung der angeklagten Offiziere gefordert.

Die „Daily Mail" fordert die schleunige Auslieferung der angeklagten preußischen Offiziere, da diese die Zeit bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages benützen, um in Berlin und anderen Orten reaktionäre Unruhen und Verschwörungen anzustiften.

Kirche, Schule und Mission.

A. P. V. **Gegen die Kirchenaustrittsbewegung** hat der „Evang. Preßverband für Sachsen" ein brauchbares Merkblatt herausgegeben (Dresden-A., Ferdinandstraße 16 I; das Stück 5 Pfg., 50 Stück 2,25, 100 Stück 4,30 Mk.). Es trägt die Aufschrift: „Der Kirchenaustritt ist jetzt ganz leicht!" und skizziert kurz die Schlagworte und Tatsachen: 1. Die Kirche sei Staatsdienerin in der Hand der herrschenden Klasse. Tatsache ist: Es gibt keine Staatskirche mehr, denn die Trennung von Staat und Kirche ist auf dem Wege. Die herrschende Klasse ist jetzt die Sozialdemokratie, die stützt sich nicht auf die Kirche. 2. Die Kirche habe den Krieg nicht verhindert. Tatsache ist: Hat denn die Sozialdemokratie den Krieg verhindert? Wo sind denn die „Proletarier aller Länder" gewesen, als es losging? Wie haben sich die Genossen der „Entente" benommen, als uns der Schmachfriede aufgezwungen ward? 3. Die Kirche habe zum Kriege gehetzt! Tatsache ist: daß in der Kirche gelehrt wird: Du sollst nicht töten (das steht in dem nun verbotenen Katechismus), liebet eure Feinde! Wir fordern die Gegner auf, den Tatsachenbeweis dafür zu erbringen, daß in der Kirche zum Kriege gehetzt wurde! Im übrigen haben wir Deutschen alle den Krieg geführt aus Notwehr, weil wir überfallen wurden, und weil wir's für unsere Pflicht hielten, vor allem auch für unsere Liebespflicht gegen unsere Frauen, Kinder und Alten. 4. Die Kirche sei eine Verdummungsanstalt. Tatsache ist: In den überwiegend evangelischen Ländern steht die Schulbildung am höchsten. Wo sind die meisten Analphabeten (die nicht lesen und schreiben können)? In den außerchristlichen Ländern. 5. Die Kirche vertröste nur auf das Jenseits, sie tue nichts für das Diesseits! Tatsache ist: daß in Deutschland 28 00 evangelische Diakonissen für arme Kranke, 3123 Kleinkinderlehrerinnen für bedürftige Kinder, 3521 Diakonen für verwahrloste Jugend, 2500 Jünglings-, 6000 Jungfrauenvereine für heranwachsende Jugend im Dienste der Kirche sorgen, 2½ Millionen in Herbergen in einem Jahre verpflegt, 40 000 Krüppel in ihren Anstalten (vgl. Bielefeld), 22 000 Seeleute in ihren Heimen verpflegt werden durch die Kirche. Sie wendet jährlich 400 Millionen Mark dafür auf. Das ist Diesseitsarbeit der Kirche. 6. Die Kirche habe ungeheure Geldmittel. Tatsache ist: daß die sächsische evangelische Landeskirche ein Vermögen von 5 282 000 Mk. besitzt, die einzelnen Gemeinden sind mit 60 Millionen Mark Gesamtschuld belastet. 7. Der Staat gebe der Kirche zu viel. Tatsache ist: daß in Sachsen laut Haushaltsplan jährlich 4½ Millionen Mark gegeben werden hauptsächlich für Pensionäre und arme Gemeinden. Zu gleicher Zeit zahlt der Staat für die Volksschulen: 18½ Mill. Mk., für die Seminare 4 Mill. Mk., für die Mittelschulen 4½ Mill. Mk. (zusammen 27 Mill. Mk. für das Schulwesen), für die Gerichte 12½ Mill. Mk., für die Polizei 5 Mill. Mk. Für die ganze evangelische Landeskirche pro Jahr und Kopf (weil 4½ Millionen Evangelische) eine ganze Mark. So sehen die Tatsachen aus gegenüber den Schlagworten. Aber die hohen Kirchensteuern! In einer Großstadt-Vorortsgemeinde wird als Gemeindeeinkommensteuer 80 v. H. der Staatssteuer erhoben. Davon erhält die evangelische Kirche 6 v. H., die Schule 16 v. H. Also fordert die evangelische Kirche am wenigsten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 28. November 1919.

— **Kartoffelversorgung.** Auf dem Ostbahnhofe werden sämtliche Kartoffelkarten — Abschnitte A, Kartoffelumtauschmarken A und sämtliche Quittungen über schon bezahlte Kartoffeln eingelöst. Es wird ersucht, die Kartoffeln baldigst abzuholen. Diejenigen Einwohner, welche ihre Kartoffeln auf Grund einer Einfuhrgenehmigung bezogen, ebenso Selbstversorger oder Teilselbstsorger, die Kartoffeln über ihren Bedarf erhalten haben, werden aufgefordert, bei der zuständigen Brotbuchausgabe baldigst ihre Kartoffelkarten vorzuzeigen bezw. zurückzugeben. Alle nicht belieferten Kartoffelbezugscheine müssen bis um 1. Dezember 1919 im Rathaus, Zimmer 69, zurückgegeben werden.

— **Die Abhärtung im täglichen Leben** war der Gegenstand, den Dr. Hager am Mittwoch abend in einem Volkshochschulvortrage behandelte. Von der Krankheitsbereitschaft ging er aus, die durch Krankheit, Verletzung und Vernachlässigung erworben werden kann. Vernachlässigung ist Verweichlichung, Übung der Körpervorrichtungen ist Abhärtung. Dr. H. sprach dann besonders von der Abhärtung der Haut. Unterstützt wurden seine Ausführungen durch ein großes Wandbild. Abhärtung darf nur allmählich erfolgen. Bei Erkältung versagt die Tätigkeit der Haut. Wir müssen alles vermeiden, was die Haut schädigen kann. Mittel der Abhärtung sind Wasser, Licht und Luft. Mit dem Beginn der Wasserabhärtung muß man bei Kindern vorsichtig sein, sonst richtet man mehr Schaden als Nutzen an. Die Luft ist milder als das Wasser. Die Wärme in den Wohnräumen soll 17—19 Grad Celsius nicht übersteigen. Bei offenem Fenster zu schlafen ist nicht schädlich, wenn man dem Luftzug nicht ausgesetzt ist. Federbetten sind schädlich, besser wollene Decken. Heizen des Schlafraums ist möglichst zu vermeiden. — Frische Luft schadet weder Kindern noch Erwachsenen. Bei übergroßer Ängstlichkeit schadet man sich selbst. Die Kleidung muß den Witterungsverhältnissen angepaßt werden. Besser als dicke Kleidung ist Erwärmung durch Bewegung. Man soll seinen Körper wenigstens zeitweise ganz dem Licht und der Luft aussetzen. Das System der Abhärtung von J. P. Müller stellt für viele Menschen zu große Anforderungen an das Herz und ist schwächlichen Menschen nicht zu empfehlen. Luftbadeanstalten haben sich in erfreulicher Weise vermehrt.

Volkswirtschaftliches.

Die Standard Oil Co. und Deutschland. Nach einer „Times"-Meldung wird die Standard Oil Co. of New Jersey ihre Tätigkeit in Deutschland in großem Umfange wieder aufnehmen, für welchen Zweck 100 Mill. Doll. bestimmt sind. — Wie wir hierzu von gut unterrichteter Seite erfahren, besteht tatsächlich bei der Standard Oil Co. ein starkes Interesse, Petroleumgeschäfte mit Deutschland zu machen, und es werden Verhandlungen über den Wiederaufbau ihres deutschen Geschäftes geführt. Die deutsche Regierung hat vor einiger Zeit zum Zwecke einer Lieferung amerikanischen Petroleums in Höhe von 100 000 To., die noch in diesem Winter geliefert werden sollen, der Standard Oil Co. gewisse Zusagen gemacht, die allerdings noch vom Parlament genehmigt werden müssen. Hinsichtlich der Summe von 100 Mill. M., mit der die genannte Gesellschaft ihre Tätigkeit in Deutschland aufnehmen will, wird versichert, daß dieser Betrag viel zu hoch gegriffen sei. Mit dem Betrage von 100 Mill. Doll. könne und solle offenbar die Petroleumbelieferung ganz Europas finanziert werden.

Letzte Nachrichten.

Vorwände für die Erpressung.

Genf, 26. Nov. Nach Pariser Meldungen hat Clemenceau den ausländischen Pressevertretern bekanntgegeben, daß die Verhandlungen mit der abgereisten deutschen Abordnung keine Aussicht auf eine ersprießliche Tätigkeit gegeben haben. Die Vorschläge der deutschen Vertretung seien völlig undiskutabel gewesen. Die Gefangenen könnten erst freigegeben werden, wenn unter genau den gleichen Bedingungen für Frankreich 900 000 deutsche Arbeiter im Wiederaufbaugebiet eingetroffen seien.

Genf, 26. Nov. Der Lyoner „Progrès" erfährt aus Paris zur Note Clemenceaus, daß mit der Ratifikation des Versailler Vertrages die erste Auslieferungsliste an Deutschland überreicht werde. Der Feststellungsausschuß verläßt am Tage der Ratifikation Paris und begibt sich nach Deutschland.

Zürich, 26. Nov. Nach Pariser Meldungen von Dienstag früh wurde dort eine Havasnote ausgegeben, wonach Frankreich bereits vor Monaten, am 28. August und 30. Oktober, die beschleunigte Erledigung der Arbeitersendungen für das Wiederaufbaugebiet verlangt habe, ohne daß die deutsche Regierung über die vorbereitenden Verhandlungen hinausgekommen sei.

Belgien fordert 250 000 Arbeiter.

Rotterdam, 26. Nov. Der Brüsseler „Soir" meldet, daß Belgien unabhängig von der französischen Forderung für sich 250 000 deutsche Arbeiter auf Grund des Friedensvertrages anfordert zur Verwendung im zerstörten Kriegsgebiete.

„Sachliche" Verbandsberichterstattung.

Genf, 26. Nov. Der Lyoner „Progrès" meldet aus Paris: Der Baltikumausschuß hat einen vorläufigen Bericht nach Paris gesandt, der an der Schuld Deutschlands keinen Zweifel mehr läßt.

Die bedrohliche Lage in Aegypten.

Die „Information" berichtet aus Kairo: General Allenby meldet, die Lage in Aegypten sei noch außerordentlich ernst. Im Nildelta seien 80 englische Ansiedelungen niedergebrannt worden, viele Engländer wurden niedergemetzelt. Die Zahl der Aufrührer sei größer als die britische Truppenmacht, weshalb rasche Verstärkungen notwendig seien. Es wurden Aufrufe von den Anführern der Verschwörer gefunden, in denen es heißt, daß alle Engländer zu ermorden seien, und daß das Land von den Fremden zu säubern sei.

Die Friedensbedingungen der Sowjets.

Lewine, der Korrespondent der „Chikago Daily News" in Rußland, hatte eine Unterredung mit Tschitscherin. Dieser erklärte, die Sowjetregierung sei stets bereit, über einen Frieden zu unterhandeln, d. h. unter der Hauptbedingung, daß alle Regierungen, die aus dem Boden des ehemaligen russischen Reiches entstanden seien, anerkannt würden. Weitere Voraussetzungen seien die Aufhebung der Blockade, gegenseitige Amnestie, Demobilisierung sämtlicher Heere, die auf dem Boden des alten russischen Reiches stehen. „Wir sind," so sagte Tschitscherin, „bereit, die Nationalschuld des Reiches zu übernehmen."

Tschitscherin bestritt dann, daß die Sowjetregierung versucht habe, der ganzen Bevölkerung den Bolschewismus aufzuzwingen. Die Sowjetrepubliken im Baltikum seien durch die eigenen Einwohner ins Leben gerufen worden, als diese aus dem Kriege heimkehrten. Die Moskauer Regierung habe nur dort unterstützend eingegriffen, wo die Gegner des Bolschewismus deutsche, britische und schwedische Hilfe herbeiriefen, um die Sowjetregierung zu stürzen. Auf die Frage des Korrespondenten, wie lange die Sowjetregierung unter dem Druck der Blockade wohl noch weiterbestehen könne, erwiderte Tschitscherin, er sehe überhaupt kein Ende. Der einzige Grund zur Blockade der Alliierten sei die Furcht, daß die Erfolge der Russen auch in Westeuropa eine soziale Revolution herbeiführen könnten. Tschitscherin erklärte weiter, die Sowjetregierung sei bereit, mit den Ländern Westeuropas Erzeugnisse auszutauschen, sie suche aber nicht ausschließlich eine wirtschaftliche Annäherung. Die Sowjetregierung wolle weiter dem ausländischen Kapital weitgehende günstige Zugeständnisse machen und ferner Japan inbezug auf Sibirien entgegenkommen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heienbrok, Bethel bei Bielefeld. Postscheckkonto 7382 Hannover

Verkauf von Kokosfett an werdende Mütter.

Werdende Mütter (12 Wochen vor der Entbindung) erhalten in dieser Woche gegen Abgabe der Marken Nr. 1 der bis zum 21. Dezember d. J. gültigen gelben Einfuhrzusatzkarte und Vorzeigung der blauen Ausweiskarte der Mütterberatungsstelle:

½ **Pfund Kokosfett zum Preise von 5,25 M**

Der Verkauf findet am Freitag, den 28., von 2 Uhr nachmittags ab und Sonnabend, den 29. November, in den bekannten Schlachterläden statt.

Magistrat Bielefeld.

Oelverkauf.

Von dem in der laufenden Woche zur Ausgabe kommenden Pflanzenöl kosten 50 Gramm

68 Pfennig.

(nicht 1.35 M, wie am 24. d. M. bekanntgemacht.)

Magistrat Bielefeld.

Verkauf von Fleisch und Wurst

an die Einwohner des Landkreises Bielefeld.

In der Woche vom 24. bis 30. 11. 1919 werden an die fleischversorgungsberechtigte Bevölkerung des Landkreises ausgegeben:

Gegen Abgabe der Marken 1—8 der elfenbeinfarbigen Reichsfleischkarte:

100 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch)
(das Rindfleisch zum Preise von 68 Pfg. für 100 Gr.)
(das Kalbfleisch zum Preise von 60 Pfg. für 100 Gr.)
und 50 Gr. Wurst.

Gegen Ablieferung der roten Reichsfleischkarte (Abschnitte 1—10):

50 Gramm frisches Fleisch (Rind und Kalbfleisch),
(das Rindfleisch zum Preise von 34 Pfg. für 50 Gr.)
(das Kalbfleisch zum Preise von 30 Pfg. für 50 Gr.)
und 50 Gramm Wurst.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Verkauf von Fleisch und Wurst

im Stadtkreise Bielefeld.

In der Woche vom 24. bis 30. 11. 1919 werden an die versorgungsberechtigte Bevölkerung ausgegeben:

Gegen Abgabe der Marken 1—8 der braunen Reichsfleischkarte des Stadtkreises:

100 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch)
(das Rindfleisch zum Preise von 68 Pfg. für 100 Gr.)
(das Kalbfleisch zum Preise von 60 Pfg. für 100 Gr.)
und 50 Gr. Wurst.

Magistrat Bielefeld.

Ich suche alte Gebisse

auch zerbrochene und ganz alte Teile zu kaufen.
Pro Zahn
zahle bis Mk. 9.—, in Gold- und Platinverarbeitung bis **Mk. 25.-**
Brennstifte, Platin Tagespreise.

Ankauf nur Sonnabend, den 29. November, von 9—12 Uhr im **Hotel Deutsches Haus.**

Tietjen.

Klavier
zu mieten gesucht.
Frau Miss. Hosbach,
Bethel, Haus Troas.

Zerrissene Strümpfe, wollene, Baumwollene, Seidene, Flachs werden schnellstens repariert bei
W. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Christrosen

Schönste Jugendschriften-Sammlung, künstlerisch feine, wahre Erzählungen aus Geschichte und Gegenwart.

70 verschiedene Hefte.

Große Ausgabe: Heft 55 Pfennig.
Kleine Ausgabe: Heft 30 Pfennig.
Bände 3,50 Mark.
Dazu 10% Teuerungszuschlag.

Verlag
der Evangelischen Gesellschaft f. D.
in Elberfeld

Deutschnationaler Volksverein

für Bünde und Umgegend.

Am Sonnabend, den 29. d. Mts., nachm. 3 Uhr, findet eine

Generalversammlung

im **Gasthof Schierholz in Bünde** statt, zu der die Mitglieder aller Ortsgruppen des Vereins dringend eingeladen werden. Ausweis durch Mitgliedskarte, Neuanmeldungen am Saaleingang zulässig.

Wichtige Tagesordnung!

Der Vorstand. J. A. Kablé.